Nushası 5, Kruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

		DAHIL İÇIN	HARIÇ İÇIN
Aylık	Türk lirasi	1.50	R. M. 5.—
Üç aylık	„ „	4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „	8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „	15.—	„ 50.—

yahut mükabili.

Idarehane
Tekke Cadesi No. 585 ve 587.
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.
Posta Kutusu: Galata 269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kruş

BEZUGSPREISE:

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R.M. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Geschäftsleitung:
Tekke-Strasse Nr. 585-587.
Drahtanschr.: Türkpost.
Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.
Postfach: Galata 269.

5. Jahrgang Nr. 238 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Stambul, Sonnabend, 30. August 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

SERVICE

30. AUGUST!

Heute feiern wir zwei Siege!

Wir feiern heute den 30. August, den Tag des grossen türkischen Sieges, an dem heute vor acht Jahren das seiner sämtlichen Kampfmittel beraubte, aus dem Weltkriege eben herausgekommene und aber durch die Tatkraft und Energie IsmetPaschas wiederhergestellte türkische Heer unter der Führung des grossen Gasi, der den Türken diesen Sieg gab, in der Schlacht des Oberbefehlshabers ein mit allen modernen Mitteln der Kriegstechnik ausgerüstetes und von allen Seiten unterstütztes Heer vernichtend schlug und dem Türken die wahre Unabhängigkeit wiedergab. Unsere Generation ist eine Generation, die in dem schwindelnd schnellen Verlauf der aufeinanderstürtzenden Ereignisse der Geschichte gelebt hat und grossgeworden ist.

Wir sahen die schöne Heimaterde unter den Stiefeln der raubgierigen Feinde stöhnen und erlebten den denkbar grössten Zusammenbruch, den ein Volk überhaupt je erleben kann. Aber gerade durch dieses grosse Unglück haben wir lernen müssen, dass für ein Volk die Rettung nur aus sich selbst heraus kommen kann. Die Lebensquellen der Völker, die in der Geschichte Grosses und Heldenhaftes geleistet haben und die dann unterjocht werden sollen, versiegen niemals. So war es auch mit dem türkischen Volk, in dessen Adern das alte Blut immer noch mit der alten Kraft pulsierte. Es war klar, dass dieses Volk trotz der langen Kriege, die es seit Jahrzehnten ununterbrochen führte, für seine Rettung noch viel grössere Wunder tun konnte. Der erste, der es erkannte, war der Gasi, und so schuf er dieses grosse Werk.

Der nicht einmal in den schwierigsten Zeiten wankende und zögernde Glaube Mustafa Kemals an sein Volk, dessen nicht endenwollende Genügsamkeit er selbst sehr gut kannte, führte dem Türken unerschöpfliche neueKraft zu. Dieser unbeugsame Wille zerschlug dem Feind heute, am 30. August vor 8 Jahren die schönsten Raubillusionen.

Das im Weltkriege besiegte türkische Heer gewann unter dem Kommando Ismet Paschas diesen grossen Sieg, nachdem der Oberste Heerführer, der Gasi, am 26. August den Befehl zum Angriff gab, und rettete die Freiheit. Dieser gegen ein überlegenes und grossartig ausgerüstetes Heer in fünf Tagen errungene Sieg freute unsere Freunde ebenso sehr, wie er unsere Feinde in Staunen setzte.

Zweifellos wird dieses Volk, das nach diesem Siege seine Unabhängigkeit wiedergewann, diesen Tag immer und immer wieder aus dem Innersten seiner Gefühle heraus jedes Jahr feiern. Das türkische Volk feiert heute mit derselben ben Freude zugleich einen der stärksten Erfolge des grossen Soldaten, seines Ministerpräsidenten, der im Kriege das türkische Heer von einemSiege zum anderen führte, seinen heutigen Sieg im Frieden, mit dem er eins seiner grossen Werke, die von seiner Regierung zielbewusst verfolgte Eisenbahnpolitik, durch die Eröffnung der StreckeKaissari-Siwas krönt.

A. Musaffer.

Auf der Fahrt nach Siwas.

Ankara, 29. August (A.A.)

In Siwas findet heute nachmittag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Ismet Pascha die feierliche Inbetriebnahme der neue Bahnlinie Kaissarie-Siwas und des Bahnhofes von Siwas statt.

Drei Sonderzüge mit den Teilnehmern an den morgen in Siwas stattfindenden Feierlichkeiten haben heute abend Ankara nach Kaissari und Siwas verlassen. Mit dem um 19.40 Uhr abgegangenen dritten Zuge fuhren der Ministerpräsident, die Minister und zahlreiche Abgeordnete.

Der Ministerpräsident traf heute nachmittag um 16,48 Uhr hier ein. Er wurde am Bahnhof von den Mitgliedern des Kabinetts, vom Generalstabschef Fewsi Pascha und von zahlreichen Abgeordneten empfangen. Die dichte Menschenmenge, die den Bahnhof füllte, brachte Ismet Pascha stürmische Ovationen dar.

Neue Attentate in Indien.

Kalkutta, 29. August

In einer mittleren Stadt Bengalens wurde heute ein hoher britischer Polizeioffizier von Indern überfallen und erschossen. Ein in seiner Begleitung befindlicher zweiter Offizier wurde schwer verletzt.

Die indische Krise.

London, 29. August (A.A.)

Die in Indien verbreitete Nachricht über eine Verschiebung der für den Monat Oktober anberaumte Indien-Konrenz wird hier von offizieller Seite dementiert. Es heißt, daß die Vorbereitungsarbeiten zur Konferenz fortgesetzt werden und daß die Tagung spätestens in den ersten Tagen des November beginnen kann.

Die letzten Nachrichten von der indischen Nordwestgrenze melden ein Nachlassen der Kampftätigkeit. Dasselbe wird darauf zurückgeführt, daß unter den Grenzstämmen gegenwärtig Besprechungen über die Frage geführt werden, ob die Aktion der Stämme gegen Britisch Indien fortgesetzt werden soll oder nicht.

Die britisch-indische Regierung hat nach einem Telegramm aus Madras auch den neugebildeten Vollzugsausschuß des Allindischen Kongresses für ungesetzlich erklärt.

Kommt es zur Konferenz?

London, 29. August

Die letzten Ereignisse in Indien haben in weiteren Kreisen Londons stärkere Beunruhigung hervorgerufen. Die unmittelbare Folge ist ein von dem Vollzugsausschuß der indischen Reichsliga an die „Morningpost" gerichteter Brief, der unter anderem vom Feldmarschall Jacob und Lord Sumner unterzeichnet ist und in dem eine Verschiebung der britisch-englischen Konferenz bis zur völligen Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Indien verlangt wird. Es sei bereits eindeutig klar, so heißt es in dem Brief, daß die indische Kongreßpartei auf der Konferenz nicht vertreten sein werde, die Beschlüsse der Konferenz nicht anerkenne und nach dem Abschluß ihrer Verhandlungen die gegenwärtige Bewegung gegen England fortsetzen werde. Die Durchführung der Konferenz trotz dieser Tatsache werde eine Ermunterung der Anhänger der Rechtlosigkeit.

Die praktische Bedeutung dieses Aufrufes, der als Ausdruck zunehmender Besorgnis über die Entwicklung in Indien bemerkenswert ist, darf nicht überschätzt werden, da neben der Arbeiterpartei und den Liberalen auch große Teile der Konservativen nach wie vor für die Abhaltung der Konferenz eintreten. Eine Verschiebung der Konferenz kommt trotz der unbefriedigenden Entwicklung in Indien nicht in Frage.

Die Ausgleichsverhandlungen zwischen dem Hinduführer Jayakar und dem Vizekönig von Indien sowie anderen Mitgliedern der britischen Regierung gehen inzwischen weiter. Die Regierung in Simla ist gegenwärtig mit der Festlegung der letzten Vorbereitungen für die Londoner Konferenz beschäftigt. Die Aussichten der Provinzialregierungen zu den Empfehlungen der Simonkommission sind nunmehr fast sämtlich in Simla eingegangen, ebenso haben die Finanzsekretäre der verschiedenen Provinzialregierungen unter dem Vorsitz des Finanzministers der indischen Zentralregierung die Auswirkungen des Berichtes geprüft.

Orientrundflug der russischen Luftflotte

Moskau, 29. August (A.A.)

Ein russisches Flugzeugeschwader wird anfangs September von Moskau zu einem großen Orientflug starten, der über 9000 Kilometer führen soll. Auf dem Fluge sollen Sewastopol, Ankara, Bitlis, Täbris, Teheran, Kabul, Taschkent und Orenburg berührt werden.

Zehn Hinrichtungen in Rußland.

Moskau, 29. August (A.A.)

Die kürzlich zum Tote Verurteilten zehn SilbergeldSpekulanten sind hier durch Erschießen hingerichtet worden.

Bischof von Nancy †

Paris, 28. August (A.A.)

Der Bischof von Nancy, Mgr. Delacelle, ist heute gestorben.

Englands Palästina-Konflikt mit dem Völkerbund.

Was ist der Mandatsausschuss wert?

Genf, Ende August. (Eigenbericht)

Für eingeweihte Beobachter, die der Entwicklung der Palästina-Frage und dem Konflikt zwischen England und dem Mandatsausschuss des Völkerbundes aufmerksam gefolgt waren, konnte es keinen Zweifel geben, dass dieser Konflikt eines Tages voll zum Ausbruch kommen und damit die Mandatsfrage als solche aufgerollt wird. Diese Tatsache scheint sich jetzt nach der Veröffentlichung des Berichts desMandatsausschusses über die Untersuchung der Unruhen in Palästina und der gleichzeitigen Bekanntgabe der englischen Note an den Völkerbund ergeben zu haben. Ueber die grundsätzliche Natur der tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der stärksten Kolonial- und Mandatsmacht der Welt auf der einen und dem mit der Verwaltung der Mandatsfrage betrauten Ausschuss des Völkerbundes auf der anderen Seite gibt man sich keinen Illusionen hin.

Der Konflikt hat eine längere Vergangenheit. Im Juni dieses Jahres war derMandatsausschuss zu einer besonderen Tagung zusammengetreten, um zu den Untersuchungen über die Palästina-Unruhen des vorigen Jahres Stellung zu nehmen. Der Beratung lag ein Bericht des englischen Untersuchungsausschusses zugrunde, der bei den einzelnen Mitgliedern des Mandatsausschusses auf heftigen Widerstand stieß. Es kam zu Zusammenstössen, und als ein mit der Erstattung des Schlussberichts an den Völkerbund beauftragter Viererausschuss aus seiner Unzufriedenheit mit der englischen Mandatsverwaltung in Palästina kein Hehl machte, wurde überall erwartet, dass nunmehr die Bombe zum Platzen kommen muß. In der Tat rief dieser Bericht in London auch grossen Aerger hervor. Dabei liess man auf englischer Seite durchblicken, dass nicht die sachlichen Kritiken des Mandatsausschusses zu dieser Erbitterung geführt hätten, sondern vielmehr die Tatsache an sich, dass es der Mandatsausschuss wagt, die englische Verwaltung zu kritisieren.

Man geht nicht fehl, wenn man des Rätsels Lösung nicht in diesem Einzelvorfall sucht, sondern vielmehr die vorausgegangenen Ereignisse in einen Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Konflikt bringt. Der Mandatsausschuss des Völkerbundes hat bisher tatsächlich ein Dasein geführt das ihm kaum das Recht gab, sich eine unabhängige internationale Behörde zu nennen. In den Mandatsländern war man so vollkommen davon überzeugt, dass der Mandatsausschuss zu allem Ja und Amen zu sagen berufen sei, dass der erste Ansatz einerKritik seinerseits mit heller Empörung aufgenommen wurde. — Aus der öffentlichen Erörterung der Mandatsfrage und der zunehmenden Bedrängnis, in die die meistenMandatsmächte in ihren Verwaltungsgebieten geraten waren, schöpfte der Ausschuss aber Mut und ging nunmehr dazu über, den Mächten die Wahrheit zu sagen. Das erste praktische Ergebnis war, daß England in einer ausserordentlich scharf abgefassten Note an den Völkerbund die Kritik des Mandatsausschusses zurückwies und es sich zwischen den Zeilen verbat, Genfer Kritiken entgegenehmen zu müssen. Die Verlegenheit im Völkerbund war gross und es bedurfte langerVerhandlungen, um wenigstens äusserlich wieder die Atmosphäre für sachliche Verhandlungen herzustellen.

Man wird nunmehr abzuwarten haben, wie der Konflikt zwischen England und dem Mandatsausschuss verläuft. Daran interessiert am meisten die Frage, ob es dem Ausschuss gelingt, seinen Ausstellungen Gehör zu verschaffen. Es ist die stärkste Probe, auf die der Ausschuss gesetzt wird. Vom Standpunkt Deutschlands ist die Frage von besonderem Interesse, da bekanntlich gerade England die Auffassung vertritt,daß die ihm zurVerwaltung übergebenen ehemaligen Kolonien zwanglos als englischer Besitz angesehen werden können.

Der Justizminister antwortet Fethi Bej.

Konia, 29. Aug. (A.A.)

Justizminister Mahmut Essad Bej traf heute gegen Abend mit dem Zuge hier ein. Der Minister besuchte das Wilajet, den Sitz des Armeekorps,die Stadtverwaltung und andere Behörden. Heute Abend fand im Stadthaus zu seinen Ehren ein Festessen statt. Der Minister gab auf die verschiedenen Fragen des Redakteurs der Zeitung Babalik folgende Erklärungen, wobei er auf die in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen Fethi Bejs Bezug nahm:

Fethi Bej soll meine Erklärungen mit den Statuten der Volkspartei, der ich angehöre, für nichtvereinbar befunden haben. Ich brauche die Statuten meiner eigenen Partei nicht von dem Führer der Oppositionspartei kennen zu lernen. Ich habe gesagt, daß Fethi Bejs Darstellungen hinsichtlich der Justiz der Republik, deren ganze Verantwortung ich trage, nicht richtig sind. Ich wiederhole es nochmal: Fethi Bej hat mit jenen Worten einen Fehler begangen. Wenn Fethi Bej entsprechend seinem Versprechen seine Erklärungen über die Justiz auch in der G.N.V.wiederholen würde,so wird er mir damit die Freude bereiten, von der Tribüne der G.N.V. aus ihm noch einmal zu bweisen, wie und was seine Kritiken sind. Ich erwarte das. Meine Erklärungen liegen frei vor: sie enthalten gar keine Widersprüche. Ich habe als Mitglied der Volkspartei gesagt, daß diese Partei außer ihrem Gewissen auch nicht einmal Gott Rechenschaft zu geben hat. Das wiederhole ich hiermit noch einmal. Die Partei, der ich angehöre ist rein und steht sehr hoch. Die Partei und ihr Justizminister sind nur der Nation gegenüber verantwortlich. Dies ist ihre Pflicht und Schuldigkeit. Wenn die Opposition haben will, daß die Regierung öfters über ihre Tätigkeit Rechenschaft ablegen soll, so vermehrt sich dadurch lediglich unsere Stärke. Ich hatte dies alles in Kaissari gesagt. Wenn Fethi Bej in diesen klaren Worten Widersprüche finden will,so kann ich schließlich nichts dafür.

Die Umsturzgefahr in Argentinien.

Buenos Aires, 29. August (A.A.)

Offiziell wird verlautbart, daß die hier gestern getroffenen außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen lediglich verhindern sollen, daß es im Anschluß an die in diesen Tagen stattfindenden Arbeiterkundgebungen zu Zwischenfällen kommt. Die gegenwärtige Spannung in Buenos Aires ging aus von dem Streik der Angestellten der Telegraphengesellschaft „Union" Die gesamte Opposition — Konservative, Demokraten und Sozialisten — scheinen aber einen großen Vorstoß gegen die Regierung zu beabsichtigen. In den gestern stattgehabten Versammlungen erklärten sich die Redner der Opposition allerdings gegen jede Gewalttätigkeit.

Der argentinische Justizminister dagegen scheint die Lage für außerordentlich ernst zu halten. Er soll dem Staatspräsidenten Irigoyen erklärt haben, daß die Haltung gewisser Politiker sowie die eines Teiles der Armee die Regierung vor die Gefahr einer plötzlichen Revolution stelle. Irigoyen selbst erklärt, daß er zwar nicht an die Möglichkeit eines allgemeinen Aufstandes, wohl aber an die eines Attentats gegen seine Person glaubt. Obwohl in der Hauptstadt bisher noch Ruhe herrscht, ließ sich der Staatspräsident auf seinen Fahrten durch die Stadt von einer großen Truppeneskorte begleiten.

Verstärkung der Spannung in Buenos Aires.

Buenos Aires, 29. August

Die Spannung in der argentinischen Hauptstadt hat sich heute noch verschärft, und die Regierung hat weitere Truppenverstärkungen herangezogen. Auch die argentinische Flotte ist im Angesicht der Stadt vor Anker gegangen.

Beruhigung in Peru.

Newyork, 29. August(A.A.)

Nach Meldungen aus Lima ist der über die peruanische Hauptstadt verhängt gewesene Belagerungszustand gestern wieder aufgehoben worden.

Die Warschauer Achtstaatenkonferenz.

Das polnische Beratungsprogramm
Gemeinsame Abwehr
gegen die Industriestaaten.

Warschau, 29. August

Die von der polnischen Regierung einberufene Agrarkonferenz hat am 29. August in den Räumen des Landwirtschaftsministeriums mit einer öffentlichen Sitzung begonnen und wird nach vertraulichen Kommissionsberatungen am 31. August ebenfalls mit einer öffentlichen Plenarsitzung abschließen. Der Konferenz wohnt als Vertreter des Völkerbundes Sektionschef Stoppani von der Wirtschaftssektion des Völkerbundssekretariats bei. Neben Polen als dem einladenden Staat nehmen an der Konferenz teil: die drei Staaten der Kleinen Entente, ferner Ungarn,Bulgarien,Lettland und Estland, während Finnland durch einen Beobachter vertreten sein wird. Unter den Delegierten werden sich zwei Landwirtschaftsminister (der bulgarische und der estnische) und zwei Handelsminister (der rumänische und der südslawische) befinden.

Ueber das Programm der Konferenz wird amtlich mitgeteilt: Die teilnehmenden Regierungen, die eine Gesamtbevölkerung von rund 80 Millionen Menschen vertreten, werden sich einerseits über die Ausschaltung der gegenseitigen Konkurrenz beimExport landwirtschaftschaftlicher Produkte und andererseits über eine gemeinsame Wahrnehmung ihrer Interessen den außenstehenden Staaten gegenüber beraten. Insbesondere soll die Möglichkeit eines koordinierten Vorgehens bei Völkerbundsverhandlungen erörtert werden; als Ausgangspunkt wird hier die Prüfung der Antworten der beteiligten Regierungen auf dem Fragebogen dienen, der gemäß demGenfer Handelsabkommen vom 24. März März d. J. die Grundlage für die weiteren wirtschaftlichen Verhandlungen des Völkerbundes bilden soll. Das von der polnischen Regierung ausgearbeitete Konferenzprogramm sieht ferner eine Stellungnahme zu der „immer schärfer werdenden Politik der Einfuhrstaaten" vor. Die Konferenz wird zu prüfen haben, welche Folgen der immer wieder propagierte Grundsatz des freien Warenverkehrs auf industriellem Gebiet für die Handelsbilanz der Teilnehmerstaaten nach sich ziehen müßte, sofern der gleiche Grundsatz nicht gleichzeitig auch auf Agrarprodukte angewandt wird. Als Aufgaben der Konferenz bezeichnet sodann das polnische Programm die gemeinsame Abwehr gegen den Mißbrauch verterinärpolizeilicher Maßnahmen durch vieheinführende Staaten und die Prüfung der Frage, wie der schädlichen Politik der Exportprämien durch eine internationale Verständigung ein Ende bereitet werden könnte. Die amtliche Auslassung bemerkt hierzu, daß die polnische Regierung selbst nur durch die „Prämienpolitik eines Nachbarstaates" zur Anwendung von Prämien bei der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse genötigt werde. Der letzte Punkt des Programms betrifft die künftighin regelmäßig einzuberufenden Tagungen von Leitern der Agrarpolitik der beteiligten Staaten.

Ein Attentat in Warschau.

Warschau, 29. August (A.A.)

Vier polnische Offiziere haben heute den Vizepräsidenten des Sejm, der zu den Führern der Opposition gegen Pilsudski gehört, überfallen und niedergeschagen. Der Vizepräsident wurde schwer verletzt; man hofft, daß er mit dem Leben davonkommen wird. Von einer Verhaftung der Attentäter wird nichts gemeldet.

Auflösung des Memellandtages.

Berlin, 29. August

Der memelländische Landtag hat heute der Memelregierung sein Mißtrauen ausgesprochen. Der litauische Gouverneur des Memelgebietes hat daraufhin den Landtag aufgelöst.

Eine Hitzewelle über England.

London, 29. August (A.A.)

Ganz England leidet weiter schwer unter der außerordentlich drückenden Hitze. Bei den in der Gegend von Aldershot stattfindenden britischen Manövern sind etliche Soldaten von Hitzschlägen getroffen worden; zwei von ihnen sind bereits gestorben.

Die Reform des Völkerbundssekretariates und Italien.

(Von unserem Berichterstatter.)

Rom, Ende August.

Die Reform des Völkerbundssekretariates im allgemeinen und die seiner Leitung im besonderen wird seit einigen Tagen in der italienischen Presse einer sehr eingehenden Prüfung unterzogen. Grundlegend für die italienische Einstellung ist die scharfe und sehr bestimmte Kampfansage gegen die englisch-französische Monopolstellung im gesamten Beamtenkörper und die vielleicht noch stärkere Kritik an dem Umstand, dass bis jetzt die verantwortliche Leitung sämtlicher Geschäfte des Völkerbundssekretariates ausschliesslich in den Händen des englischen Generalsekretärs und des stellvertretenden französischen Generalsekretärs liegt. Dementsprechend finden die Mehrheitsvorschläge des sog. Dreizehnerausschusses in der italienischen Oeffentlichkeit eine unumwundene Absage. Man sieht darin lediglich den geschickt eingefädelten aber durchsichtigen Versuch zur endgültigen Stabilisierung der englisch-französischen Vormachtstellung in dem Genfer Institut. Diese Tendenz entspreche nicht nur nicht dem Mandat, das der Dreizehnerausschuss im September vorigen Jahres von der Völkerbundsversammlung erhalten hat, sondern sei auch in offenem Widerspruch mit dem Völkerbundsgedanken und mit dem Geist des Völkerbundspaktes. Geradezu untragbar wäre aber eine solche Entwicklung deswegen, weil im Gegensatz zu den Anfängen des Völkerbundes sein Sekretariat in den letzten Jahren einen ausgesprochen politischen Charakter angenommen habe. Wolle man im Interesse einer gedeihlichen Entfaltung der internationalen Tätigkeit des Völkerbundes an die vielfach verlangte Reform herangehen, so müsse man auch für eine gleichmässige Verteilung des politischen Einflusses aller Völkerbundsstaaten und der politischen Verantwortlichkeiten sorgen.

Wie man sieht, liegt die italienische Kritik im wesentlichen auf der gleichen Linie wie die Stellungnahme der deutschen Presse, auf die sich übrigens die italienischen Zeitungen wiederholt und gerne berufen haben. Die grundsätzliche Forderung der italienischen Kritik ist dabei die Verwirklichung der konstitutionellen internationalen Gleichberechtigung aller Mitgliedsstaaten des Völkerbundes und dementsprechend die vorbehaltlose Befürwortung der in den Minderheitsberichten vertretenen Gedankengänge und niedergelegten Vorschläge, für die sich inzwischen ja auch die italienische Regierung in einer besonderen Denkschrift und weiteren Vorschlägen offen eingesetzt hat. Der Mehrheitsvorschlag einer rein zahlenmässigen Vermehrung der Posten der Untergeneralsekretäre, die auch heute schon im Vergleich mit der Stellung des Generalsekretärs und des französischen stellvertretenden Generalsekretärs ohne entscheidende politische Befugnisse sind, wird als oberflächlich und untauglich abgelehnt. Um den absolut notwendigen Wandel zur Internationalisierung in der politischen Leitung des Völkerbundssekretariates herbeizuführen, sollen einmal die Untergeneralsekretäre, die zahlenmässig überhaupt nicht vermehrt würden, zu allen Geschäften mitverantwortlich herangezogen werden, während andererseits der politische Einfluß der nicht imVölkerbundsrat ständig vertretenen Staaten durch Neubesetzung eines Teiles der Direktorenposten vermehrt werden soll. Die Schaffung eines Direktorialkollegiums mit den derzeitigen Untergeneralsekretären als gleichberechtigte Mitglieder unter dem Vorsitz des Generalsekretärs gilt wegen der vorhandenen Widerstände zur Zeit als noch nicht durchführbar. Italien empfielt deshalb die Einsetzung eines direktorialen Beirats auf Grund dessen Stellungnahme der Generalsekretär alleinverantwortlich seine Entscheidungen zu treffen hätte. Die Mitglieder des Bei-